

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/17

Bonn, den 25. Januar 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 3	<u>Voraussetzungen für Zusammenarbeit</u> Von Willy Brandt, Vorsitzender der SPD	153
4	<u>Neue Impulse ?</u> Zur Wiederaufnahme der Abrüstungskonferenz Von Pierre Simonitsch, Genf	49
5	<u>Armee in fremden Diensten</u> Vor zehn Jahren: Pankows Beitritt zum Warschauer Pakt Von Dr. Manfred Geßner	50
6	<u>Bemerkenswertes Urteil gegen die NPD</u> "Einstweilige Verfügung" aufgehoben	50

Voraussetzungen für Zusammenarbeit

Von Willy Brandt,
Vorsitzender der SPD

Es traf sich, daß die Arbeitswoche des Bundestages in Berlin die Gelegenheit zu Gesprächen geboten hat, die in der Presse etwas summarisch unter dem Motto "Zur Lösung der deutschen Frage" liefen. Das ist ein großes, ein wichtiges Thema. Aber die Aufrichtigkeit verlangt doch, etwas Wasser in diesen Wein zu schütten.

Die Meinung der insoweit maßgebenden Kräfte in den Parteien unterschied sich mindestens in einem Punkt kaum: Es genügt nicht, über Deutschland zu beraten, um das deutsche Problem zu lösen. Und: Noch wichtiger, als das langfristige Problem anzugehen, ist es zunächst, sich über das zu verständigen, was im Vorfeld nötig und möglich ist. Unter anderem also über das, was in deutscher Zuständigkeit heute und morgen zu tun sein mag.

Hierüber kann man verschiedener Meinung sein. In der Tat sind auch sehr verschiedene Meinungen dazu geäußert worden. Die Diskussion dieser oft heiklen Fragen hat geholfen, aber in der Praxis hat sie nicht viel erreichen können. Je schwieriger die Aufgaben werden, um so weniger sind sie zu lösen, wenn sie zwischen den tragenden Kräften der Bundesrepublik Deutschland kontrovers abgehandelt werden. Es gehört zu den Schwächen unserer Bundesrepublik, daß zu viele Dinge öffentlich zerredet werden. Das ist nicht eigentlich Schuld der Presse, sondern es liegt zum großen Teil an dem Mangel an einer internen, aber offenen Diskussion. Sorge oder Eitelkeit flüchten sich in die Öffentlichkeit. Einsichten dieser Art haben mich vor bald zwei Jahren zu dem Vorschlag veranlaßt, führende Männer der tragenden politischen Kräfte sollten sich zu einem offenen aber nicht öffentlichen, möglichst vertrauensvollen Gespräch zusammensetzen, um festzustellen: Wie ist unsere Lage, was wollen wir, was können wir? Übrigens war mein damaliger öffentlicher Vorstoß auch das Ergebnis der Tatsache, daß nicht-öffentliche Vorschläge erfolglos geblieben waren. Ebenso erfolglos wie unsere seinerzeitige Aufforderung zu einer gemeinsamen Bestandsaufnahme.

In der Politik gibt es keinen Urheberrechtsschutz. Schon gar nicht, wenn es sich um etwas Vernünftiges handelt. Daß der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag kürzlich praktisch den gleichen Vorschlag gemacht hat wie wir zuvor, kann nicht dazu veranlassen, ihn für schlecht zu halten, nur weil er jetzt von der anderen großen Partei kommt. Die SPD kann nur hoffen, daß ein solches Gespräch möglichst bald zustande kommt. Wenn es sinnvoll sein soll, dann wird es so geführt werden müssen, daß die Qualität der vorgebrachten Gesichtspunkte und nicht die Tatsache entscheidend ist, ob diejenigen, die sie vorbringen, der Regierung angehören oder nicht. Niemand wird den Partnern der gegenwärtigen Regierungskoalition verweigern können, sich über alles zu verständigen, was sie mögen oder können. Aber es muß schief gehen, wenn man den Sozialdemokraten "Ergebnisse" unterbreiten will, anstatt gemeinsam bei den Voraussetzungen anzufangen.

Ein sinnvolles Gespräch über die deutschen Fragen wird praktisch aus einer Serie von Beratungen und Untersuchungen zu bestehen haben. Man wird sich zu Anfang darüber klar sein müssen, welchen Sinn sie haben sollen. Man wird einen Fahrplan aufstellen müssen, zu dessen ersten Teil eine Art Bestandsaufnahme gehören sollte. Man wird sich zu verständigen haben, welche Einzelthemen, in welcher Reihenfolge behandelt werden soll-

ten. Dabei wäre es vernünftig, mit den Fragen zu beginnen, die für das Leben der Menschen in den beiden Teilen Deutschlands heute wichtig sind. Danach kann man auf größere Aspekte zur Lösung der deutschen Frage übergehen, einschließlich des Komplexes eines Friedensvertrages. Dabei wird es darauf ankommen, eine langfristige Politik zu entwickeln.

Natürlich würde die SPD bereit sein, auch andere Vorschläge für die Führung eines solchen Gespräches zu erwägen. Zunächst wird es wichtig sein, wie man anfängt. Dabei ist es so gut wie sicher, daß die großen Dinge nicht von der gegenwärtigen Koalition gelöst werden können. Ein derartiges Gespräch über die deutschen Fragen hat jedoch mit der Bildung einer Bundesregierung auf breiter Basis nichts zu tun. Dafür gelten andere Überlegungen.

* * *

Das neue Jahr begann mit einer Diskussion darüber, ob die richtige Koalition gebildet worden sei. Diese Diskussion um eine Große Koalition war ohne aktuellen Wert. Aber sie hat Fragen aufgeworfen, die einen nichtaktuellen Wert haben.

Es ist falsch, zu sagen, die Wähler hätten am 19. September die Kleine Koalition gewünscht. Am Stimmenergebnis läßt sich ablesen, daß zwei Parteien gewonnen haben: die SPD und die CDU. Die FDP hat Stimmen verloren. Zuzugeben ist, daß der Wahlausgang in seiner politischen Wirkung auf Herrn Erhard als Verfechter der Kleinen Koalition zugeschnitten war.

An den hierdurch aufgeworfenen personellen Fragen werden die Unionsparteien noch genug zu tragen haben. Sie haben schon reichlich allergisch reagiert, als die Freien Demokraten bei ihrem Drei-Königs-Treffen die Demontage des Kanzlerbildes als eine ihrer vordringlichen Aufgaben bezeichneten. Die Situation in der Führung der Unionsparteien ist ein wesentlicher Grund dafür, weshalb Erörterungen über eine andere strukturierte Bundesregierung keinen aktuellen Wert haben.

Wir Sozialdemokraten werden niemandem Grund zu der Vermutung geben, daß wir durch eine Hintertür zur Mitverantwortung in der Bundesregierung gelangen möchten. Wir werden uns statt dessen darauf konzentrieren, was an Notwendigkeiten vor der deutschen Politik steht und was geschehen muß, um diesen Notwendigkeiten gerecht zu werden.

Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob die SPD bei den anstehenden Verfassungsänderungen nicht die politische Verpflichtung habe, unabhängig von der Regierungsverantwortung zu kooperieren. Teilweise ist in der CDU auch die Meinung verbreitet, die Sozialdemokraten litten unter dem Trauma des Vorwurfs mangelnder Staatstreue. Solche Vorstellungen sind ein Irrtum. Die Haltung der SPD ist so über Zweifel erhaben, was ihre Stellung zum demokratischen Staat angeht, daß sie sich gegen Verdächtigungen auf diesem Gebiet kaum mehr zu wehren braucht. Im übrigen haben wir allerdings die Erfahrung gemacht, daß unsere frühere Mitarbeit an der Verfassungsänderung im Zusammenhang mit den Wehrgesetzen gewisse innenpolitische Gegner nicht daran gehindert hat, uns danach genauso zu verunglimpfen und zu verleumdern wie vorher.

Eine Verpflichtung zum Mitwirken gibt es nicht. Konrad Adenauer ist bekanntlich wesentlich weiter gegangen, indem er vermutete, wir würden nur als Regierungspartner zur Mitarbeit in diesen Fragen bereit sein. Ich will nur unterstreichen, was wir unmittelbar nach der Bildung der gegenwärtigen Regierung gesagt haben: Sozialdemokratische Stimmen stehen nicht auf Abruf bereit. Grundgesetzänderungen können nur im Zusammenhang beurteilt werden. Sie müssen gemessen werden an den Prioritäten deutscher Politik für die nächsten Jahre. Die SPD ist bereit, zusätzliche Verant-

wortung zu übernehmen, wenn die Bundesrepublik Deutschland Hilfe braucht. Sie ist nicht bereit, eine ausdrücklich gegen sie gebildete Regierung über die Runden zu bringen.

Der nichtaktuelle Wert der Diskussion über eine Große Koalition lag darin, den Begriff Verantwortung klarer werden zu lassen. Für das Funktionieren der Demokratie trägt jeder Bürger eine Mitverantwortung. Die Willensträger des Volkes sind verfassungsgemäß die Parteien. Aber nach eben dieser Verfassung trägt die Regierung die Verantwortung für die Staatsgeschäfte, und der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik. Diese besondere Verantwortung der Bundesregierung ist nicht durch eine verwaschene Kooperation übertragbar, durch die die Opposition in Anspruch genommen wird, wenn immer es der Regierung gefällt.

Bei der Bildung des Zweiten Kabinetts Erhard wurde gesagt, man habe sich voll über die zu lösenden Sachaufgaben geeinigt. Das sollte doch wohl heißen, man habe die Aufgaben gekannt und sich darüber geeinigt, wie sie zu lösen seien. Da mit der SPD darüber nicht gesprochen worden ist, hat man offensichtlich gemeint, ohne sie auskommen zu können. Im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung ist die gegenwärtige Regierung gebildet worden. Wir sind nicht gewillt, sie von dieser Verantwortung freizusprechen. Die Regierung soll zeigen, was sie kann, und wenn sie an einen Punkt kommt, an dem sie zu schwach ist, Sachaufgaben zu lösen, dann soll sie diese Schwäche bekennen. Dies ist ein Erfordernis der politischen Klarheit und der demokratischen Hygiene.

* * *

Die zentrale innenpolitische Aufgabe der Finanzreform läßt sich gegen die SPD nicht lösen. Die Staatsfinanzen lassen sich gegen die SPD nicht in Ordnung bringen. Wir können es auch mit wirtschaftlichen Problemen zu tun bekommen, die sich ohne die SPD nicht meistern lassen.

Der zuständige Ausschuß beim Vorstand der SPD hat dieser Tage daran erinnert, daß wir uns 1964 - vergeblich - wegen eines bildungspolitischen Gesprächs an die Vorsitzenden der anderen Parteien gewendet hatten. Gestützt auf das wirtschaftspolitische Gutachten der unabhängigen Sachverständigenkommission wird ein neuer Versuch zu unternehmen sein. Eine Verständigung darüber, was weiterhin in Bund, Ländern und Gemeinden für die Bildung und Ausbildung, für Wissenschaft und Forschung geschehen soll, fände besser verspätet statt, als überhaupt nicht.

Man könnte sagen: wenn unsere Vorstellungen von der amtierenden Regierung akzeptiert werden, dann können wir zustimmen, auch ohne selbst in der Regierung zu sein. Das ist eine hypothetische Betrachtung. Jedenfalls wird klar bleiben, daß die SPD nicht unbedingt zur Mitregierung drängt. Auf keinen Fall ist sie bereit, die bisher formulierte und betriebene Politik mitzutragen und mitverantworten. Sie ist nicht bereit, den Autoritätsverlust der jetzigen Regierung zu decken. Dazu ist auch keine Große Koalition da.

Eine auf breiter Grundlage gebildete Regierung hat nur dann Sinn, wenn mit ihr eine Politik gemacht werden kann, die nur durch sie und nicht anders zu verfolgen ist. Über die Formulierung einer derartigen Politik, ihre Ziele, ihre Stationen und ihre zeitliche Begrenzung müßte man sich verständigen. Nur wenn das gelänge, könnte die SPD eine neue Regierung mittragen.

Wenn man sich das klarmacht, dann wird deutlich, weshalb die zurückliegende Diskussion über die Große Koalition ohne praktischen Wert bleiben mußte. Richtig bleibt angesichts der deutschen Lage, daß große Entscheidungen in den kommenden Jahren nicht mehr gegen die deutschen Sozialdemokraten getroffen werden können. (VORWÄRTS und SPD-Pressedienst)

Neue Impulse ?

Zur Wiederaufnahme der Abrüstungskonferenz

Von Pierre Simonitsch, Genf

Die am 27. Januar beginnende diesjährige Session des 18-Nationen-Abrüstungsausschusses hat von der UNO-Generalversammlung den Auftrag erhalten, ein lückenloses Abkommen über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (Nonproliferation) und ein Verbot aller Nuklearversuche auszuarbeiten. Das Thema "Allgemeine und vollständige Abrüstung" steht seit der letzten Session nicht mehr auf der Tagesordnung - ein Zeichen, daß man es nun ernst meint und die Zeit nicht mit gegenwärtig utopischen Belangen vertun will. Seriose Verhandlungen über eine weltweite Rüstungskontrolle können auch nicht mehr länger hinausgeschoben werden; erstens drohen die Militärausgaben sich ins Unermeßliche zu steigern, zweitens kann die nationale Sicherheit nicht bis in alle Ewigkeit durch das "Gleichgewicht des Schreckens" aufrechterhalten werden. Die Angst ist oft der Beginn der Weisheit, sagt ein französisches Sprichwort...

Die gegenwärtigen Atomkräfte sind jetzt offenbar mehr an einem Nonproliferationsabkommen interessiert als an einer Ausweitung des Moskauer Teststopp-Abkommens auf unterirdische Atomversuche. Sowohl in den USA, als auch in der Sowjetunion (und in Frankreich und China erst recht) gibt es einflußreiche Kreise, die auf eine praktische Weiterentwicklung der Atomkraft nicht verzichten wollen. Alle technisch untermauerten Verhandlungsgeplänke über die Frage, ob sich unterirdische Atomexplosionen kleineren Kalibers mittels Seismographen identifizieren lassen, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Hauptproblem ein politisches ist.

Hier kann aber der Druck der atomaren Habenichtse eine entscheidende Rolle spielen. Eine Reihe von blockfreien Staaten und potentiellen Atombombenanwärttern wie Schweden und Indien haben bereits klar zu verstehen gegeben, daß sie keinem Nonproliferationsabkommen zustimmen werden, wenn dieses nur ihnen Verpflichtungen auferlegt und von den Atomkräften keinerlei Opfer verlangt. Die geforderte Gegenleistung besteht aus einem Verbot aller Atomversuche und einer Verringerung des nuklearen Rüstungspotentials.

Ein neuer Impuls kommt auch von den USA, wo wenige Tage vor der Wiederaufnahme der Abrüstungskonferenz eine vom Vorsitzenden des Kongreßausschusses für Atomenergie, John Pastore, eingebrachte Resolution auf rascher Abschluß eines Nonproliferationsabkommens von der Mehrheit der Senatsmitglieder unterzeichnet wurde. Dieses Dokument wird der amerikanischen Diplomatie für die Verhandlungen in Genf den Rücken stärken, weil der Regierung nun die Ratifizierung eines Atomsperrvertrags durch den Senat im voraus sicher ist.

Neben den Bedingungen der blockfreien Staaten gab es bisher für den Abschluß eines Nonproliferationsabkommens nur ein einziges Hindernis: Die von den Russen nicht akzeptierten Pläne einer deutschen Mitbestimmung am NATO-Atomschirm über Westeuropa. Wenn man nach den letzten Entwicklungen von der Annahme ausgeht, daß die geplante multilaterale NATO-Atomstreitmacht nicht mehr diskutiert wird, so stellt sich jetzt die Frage, ob die Sowjetunion auch in dem auf Initiative McNamaras geschaffenen Atomausschuß eine zusätzliche Bedröhung erblickt. Auf die Sondierung eines westlichen Diplomaten im vergangenen Herbst antwortete der sowjetische Abrüstungsboß Zarapkin mit einer Gegenfrage: Was ist der McNamara-Ausschuß?

Armee in fremden Diensten

Vor zehn Jahren: Pankows Beitritt zum Warschauer Pakt

Von Dr. Manfred Geßner

Am 30. Januar 1956 beschloß der Politisch Beratende Ausschuß des Warschauer Paktes auf einer Konferenz in Prag die Aufnahme der Sowjetzone in das Militärsystem des Ostblocks. Dies war die Konsequenz auf die Aufstellung der sowjetzonalen "Volksarmee", die wenige Tage zuvor von der Volkskammer durch Gesetz angeordnet worden war. Das Regime hatte damit die Maske seiner längst vollzogenen Militarisation fallen gelassen. Dies verdient deshalb Beachtung, weil damit die Behauptung widerlegt wird, die Sowjetzone habe erst 1956, also nach der Bundesrepublik, militärisch aufzurüsten begonnen.

Tatsächlich gab es schon bald nach dem Kriege in Mitteldeutschland Formationen, die viel stärker den Charakter einer Armee hatten als den von Polizeieinheiten. Aber man war sich in Moskau darüber im klaren, daß das Eingeständnis der Existenz einer sowjetzonalen Armee nach außen hin die Eigenstaatlichkeit des Regimes zu unterstreichen geeignet war. Zudem kamen die Sowjets dadurch in die Lage, im Ernstfalle ihren Befehl zum Einsatz dieser Truppen in ein scheinbar legales Gewand zu kleiden, denn Pankow wurde Mitglied des Warschauer Paktes, in dem die Sowjetunion den bestimmenden Ton anschlug.

Die Politik des Kreml lief also auf eine Aufwertung des Ulbricht-Systems hinaus, ohne dabei die eigene Machtposition zu schmälern oder gar aufgeben zu wollen. Es versteht sich geradezu von selbst, daß der Aufbau der "Volksarmee" als Maßnahme zum Schutz von den "imperialistischen Aggressoren" aus dem Westen bemäntelt wurde. In seiner Begründung zur Erfüllung des Warschauer Paktes erklärte der damalige stellvertretende und jetzige Ministerpräsident Stoph: "Gemeinsam mit der ruhmreichen und heldenhaften Sowjetarmee, der chinesischen Volksbefreiungsarmee und der Armeen der volksdemokratischen Länder wird auch unsere Nationale Volksarmee auf der Wacht für die Sicherung des Friedens stehen." Und um zu beweisen, daß die von den Kommunisten einst so scharf angeprangerte nationale und militärische Vergangenheit Deutschlands in guter Obhut liege, erklärte er: "Im Gegensatz zu den westdeutschen Söldnerformationen, die amerikanische Uniformen haben, wird unsere Nationale Volksarmee deutsche Uniformen tragen, die den nationalen Traditionen unseres Volkes entsprechen."

Die SED, die sich selbst heute noch willig und eifrig in der Rolle als Partei eines Stadthalters übt, schwang sich zum Gralshüter nationaler und militärischer Traditionen auf. Das hätte sich Ernst Thälmann gewiß nicht träumen lassen. Ebenso wenig dachte Stoph daran, daß eines Tages der Bruch zwischen Moskau und Peking den Weltkommunismus in zwei Lager spalten könnte. Ein böser Streich, den die politische Entwicklung der kommunistischen Theorie und ihren Interpreten spielte. Die Geschicke von Gesellschaftsordnungen und Staaten vollziehen sich eben nicht nach dem Schema, das die Kommunisten als wissenschaftliche Wahrheit erkannt zu haben glauben. Dies beweisen auch die Lockerungserscheinungen im Ostblock, die dazu führen können, daß das Gefüge des Warschauer Paktes ins Wanken gerät. Allerdings wird die SED und damit die Volksarmee - jedenfalls unter den jetzigen politischen und militärischen Konstellationen - ein treuer Paladin des Kreml bleiben. Denn die Führung der SED weiß sehr wohl, wem sie auch in Zukunft letztlich die Herrschaft über die Bevölkerung in Mitteldeutschland zu verdanken hat.

Bemerkenswertes Urteil gegen die NPD

"Einstweilige Verfügung" aufgehoben

H.P-er - Die rechtsextremen Nationaldemokraten, deren Blütenträume schon bei den Bundestagswahlen nicht reiften, haben einen Rechtsstreit verloren, der einige Beachtung verdient. Die 3. Zivilkammer des Landgerichts Konstanz hat gegen den Landesverband Baden-Württemberg der NPD entschieden und eine Einstweilige Verfügung aufgehoben, die es zunächst untersagte, anzudeuten, daß es sich bei den Nationaldemokraten um Nachfolger der Nationalsozialisten handeln könnte.

Alfred Gerigk, der Chefredakteur des unabhängigen Konstanzer SÜDKURIER hatte wenige Tage vor der Bundestagswahl in einem Leitartikel geschrieben:

- * "Schon gibt es ja in Deutschland kleine Kräher, wie eine als
- * Nachfolgeorganisation der Nationalsozialisten geltende Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), deren Programm
- * eine nationale deutsche Politik und die Unterstellung der Bundeswehr unter deutsche Kommandogewalt fordert..."

Die Zivilkammer des Konstanzer Landgerichts hat zur nunmehrigen Aufhebung der Einstweiligen Verfügung u.a. festgestellt, wenn Gerigk im fraglichen Leitartikel bemerkt habe,

- * "die Nationaldemokratische Partei gelte als Nachfolgeorganisation der Nationalsozialisten, so war damit schon im Hinblick
- * auf Artikel 8 Absatz 2 des Grundgesetzes keine Nachfolge im Rechtssinne gemeint." Vielmehr sei die Äußerung Gerigks so
- * aufzufassen, "daß die Nationaldemokratische Partei nach der
- * vom Antragsgegner (Gerigk) gebilligten Meinung weiter Kreise
- * so ein 'Sammelbecken' früherer Nationalsozialisten sei."

Wer die Schmutzkampagnen der KPD-Leute in den Wochen vor der Bundestagswahl in Erinnerung hat, wird Gerigks Urteil bestätigen und sich über die Klarstellung aus dem Konstanzer Justizgebäude nur freuen können.